

Auer Tageblatt

Verlegungen wegen des Anstiegs
und der Anwesenheit der Postämter
- 1924 -
Jahrespreis - 12.000 M.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen wegen des Anstiegs
und der Anwesenheit der Postämter
- 1924 -
Jahrespreis - 12.000 M.

Telegramme: Kageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1010

Nr. 142

Freitag, den 20. Juni 1924

19. Jahrgang

Falsche Besoldungspolitik.

Von Alfred Brodau.

Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Demokr. Partei.

Durch den verlorenen, nicht rechtzeitig abgebrochenen Krieg sind wir Deutschen ein armes Volk geworden. Das haben vor allem auch die Beamten zu spüren bekommen. Würden ihnen schon im Krieg die notwendig gewordenen Zulagen lange Zeit vorenthalten, mußten sie sich dann in der Nachkriegszeit mit Gehältern begnügen, die weit unter den Friedensgehältern lagen. (Das gilt auch für die Löhne der Arbeiter in den Staatsbetrieben.) In der Inflationsperiode, die uns zuletzt mit astronomischen Zahlen rechnen lehrte, ist der Unterschied gegen früher nicht so augenfällig gewesen, weil nur wenige die Papiermarkbezüge in Goldbeträge umrechneten. Als die Einführung der Rentenmark es mit sich brachte, daß die Gehälter wieder nach Goldmark berechnet wurden, lagen die großen Differenzen gegen früher vor aller Augen. Es war naturgemäß, daß sie bei den Beamten der oberen Gruppen noch viel größer geworden waren als bei denen der unteren. Hätten die Letzteren schon im Frieden nur ein Existenzminimum bezogen, so war es natürlich ausgeschlossen, so wie bei den oberen Gruppen mit 1/2 bis 1/3 der früheren Bezüge abzufinden. Abwehrend hatte nicht allein die Notlage des Reiches und der Staaten gewirkt, sondern es lag auch ein sozialpolitisches Prinzip darin, daß man die Spannung zwischen den Bezügen der unteren und der oberen Gruppen verringerte. Eine solche Verteilung war eine soziale Notwendigkeit, denn die Spannung war im alten Staat zu groß. Es war ein Verdienst der Republik, daß sie das erkannte und daß sie unter Verringerung der Zahl der Besoldungsebenen auf Verabminderung der Spannung Bedacht war. Doch wird auch in den Kreisen der mittleren und unteren Gruppen anerkannt, daß die Spannung, die zuletzt noch bestand, auf die Dauer zu gering war und den Staat in die Gefahr brachte, daß die fähigsten Köpfe, die er für die herausgehobenen Posten braucht, aus dem öffentlichen Dienst in den privaten abwanderten. Die Besoldungspolitik mußte dahin gehen, die Spannung zu geben, die Zeit beginnend, allmählich zu verringern, ohne sie bis auf den früheren Stand zu bringen. Die Zeit, damit zu beginnen, war jetzt noch nicht gegeben. Bei der Finanzlage des Reiches mußte der Gedanke, die Beamenschaft nach der reinen Leistungstheorie zu besolden, noch auf Jahre zurückgestellt werden, der Gedanke der sozialen Besoldung mußte im Vordergrund bleiben. Grundförmlich muß die Besoldungspolitik von dem Gedanken geleitet sein, zunächst einmal jedem Beamten das zu geben, was zu einem menschenwürdigen Leben notwendig ist; Spannungen und Differenzierungen nach oben werden für die Gesamtheit der Beamenschaft erst tragbar, wenn dieser Grundförmlich bewirkt ist.

Die Neuregelung der Beamtenbezüge, wie sie mit Wirkung ab 1. Juni verfügt worden ist, bedeutet eine völlige Abkehr von diesen Grundförmlichen sozialer Politik. Durften unter Würdigung dieser Grundförmliche jetzt die Mittel, die für eine Aufbesserung der Gehälter zur Verfügung waren, allenfalls zu einer prozentual gleichmäßigen Erhöhung der Bezüge in allen Gruppen verwendet werden, so hat man jetzt mit einem Schlag annähernd das alte Spannungsverhältnis wieder hergestellt, indem man den Beamten der Gruppen 2 und 3 17 vom Hundert, den der Gruppe 13 (Ministerialräte) aber 71 v. H. zuletzt und so die Gehälter bei den oberen Gruppen auf etwa 80 vom Hundert der Friedenshöhe brachte, während sie sich bisher nur auf etwa 60-40 v. H. stellten. Wie diese Aufbesserung wirkt, zeigen folgende Zahlen: Die monatliche Aufbesserung beträgt bei den Endgehältern in Gruppe 2 14,50 M., in 3 18 M., in 4 18 M., in 5 21,50 M., in 7 70,50 M., in 10 135 M., in 12 173 M., in 13 892 M. Also erhält ein Beamter in Gruppe 13 an monatlicher Zulage etwa soviel, als ein Beamter in Gruppe 8 in 8 Monaten insgesamt verdient! Man kann hier nur von einer Besoldungs-Landau reden.

Wer ist verantwortlich für die Ungeheuerlichkeit? Der Reichstag ist in den letzten Jahren in den Besoldungsfragen so ziemlich ausgeschaltet gewesen; er ist, wenn ihm Vorlagen vorkamen, immer vor vollendete Tatsachen gestellt worden, d. h. die Regierung berief sich immer auf Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, die regelmäßig mit einem Vergleich geendet hatten, oft freilich zum Nachteil der Beamten in der Provinz, indem man die Spannungen in dem unglücklichen Ortsklassensystem zugunsten der Orte der obersten Klasse, also jumeist der Großstädte verschärfte und manchen Großstädten obendrein noch Sonderzulagen „wegen besonders schwieriger Verhältnisse“ gewährte. Mit der letzten „Reform“ aber, die die ganze bisherige Besoldungspolitik über den Haufen wirft, haben die Spitzenorganisationen — nur der Reichsverband der höheren Beamten hat sie gebilligt — nichts zu tun, die Neuregelung ist von der Regierung verfügt worden auf Grund einer Verordnung aus der Zeit der Geltung des Ermächtigungsgesetzes, einer Verordnung, durch die sich die Regierung selbst ermächtigt hat, bis zum 1. November d. J. die Regelung der Beamtengehälter von sich aus vorzunehmen. Man kann jetzt nur feststellen, daß mit dieser „Ermächtigung“ Mißbrauch getrieben worden ist.

bleiben wir bei der Frage: Wer sind die Verantwortlichen? Formell ist es die Regierung, denn es liegt ein Kabinettsbeschluss vor. Man weiß aber, wie es in unserer Zeit der Ueberlastung aller Ressorts und der Inanspruchnahme der Regierung durch die außenpolitischen Probleme hergeht: für die Kabinettsbeschlüsse sind die Vorschläge des zuständigen Ressorts entscheidend, in unserem Fall also die des Reichsfinanzministers. Dieser wieder, durch finanzgesetzgeberische Probleme stark in Anspruch genommen, läßt sich in den Besoldungsfragen von den für bearbeitenden Geheimräten leiten. Die Geheimratsbürokratie hat ihm und dem Reich in diesem Fall einen schlimmen Streich gespielt. Eine ungeheure Erbitterung, die in zahllosen Protestschreiben an die Reichstagsabgeordneten zum Ausdruck kommt, geht durch die Reihen der mittleren und unteren Beamenschaft. Findet sich die mittlere an und für sich mit dem ab, was ihr an Aufbesserung zugebilligt worden ist, so fühlt sie sich doch sehr unzufrieden mit den Beamten der unteren Gruppen, die durch die letzte Erhöhung trotz aller gegenteiligen Berechnungen der amtlichen Stellen eben nicht das Existenzminimum erhalten haben, angesichts der Tatsache, daß die Kaufkraft der Goldmark geringer ist als im Frieden.

Man geht nicht fehl, wenn man eine Ursache dafür, daß die bisherigen Grundförmliche verlassen worden sind, im Wahl-ergebnis sucht. Die Geheimratsbürokratie in den Ministerien, deren Macht leider die Republik nicht zu brechen verstanden hat, ist durchweg politisch stark rechts orientiert. Nach den Wahlen mit ihrem Zug nach rechts wittert diese Bürokratie Morgenluft. Die Parteien, die in den letzten Jahren aus sozialen Gründen auf die Verminderung der Spannungen hingewirkt hatten, hatten verloren, und so glaubte man die Zeit gekommen, mit einem Schlag die alten Spannungsverhältnisse wenigstens annähernd wiederherzustellen. Leider hat ein erheblicher Teil der Beamenschaft der mittleren und der unteren Gruppen zur Schwächung der Mitte und zu dem Erfolg der Rechten beigetragen.

Was kann und soll geschehen? Was den Beamten der Gruppen von 12 an über das augenblicklich unbedingte Nötige hinaus zugewendet worden ist, kann nicht rückgängig gemacht werden. Um so nachdrücklicher muß gefordert werden, daß die Aufbesserung bei den unteren Gruppen nachträglich wesentlich erhöht wird. Kann man sich im Hinblick auf die Absicht, das Preisniveau zu senken, nicht zu einer Erhöhung der Grundgehälter entschließen, so muß durch angemessene Zulagenzuschläge für die unteren Gruppen ein sozialer Ausgleich geschaffen werden.

Erforderlich ist auch, daß die Ermächtigung der Regierung zur selbständigen Regelung der Gehälter alsbald aufgehoben wird, wie dies die Deutsche Demokratische Partei im Reichstag durch einen Antrag Brodau, Kätz und Genossen verlangt hat.

Deute findet im Reichskabinet eine Beratung wegen der Besoldungsfragen statt. Ihr geht eine Besprechung des Reichsfinanzministers mit Parlamentariern voraus, zu der auch Abg. Brodau geladen ist.

Führerbesprechungen.

Sorgen Sonnabend fährt der neue französische Ministerpräsident Herriot nach Chequers zur Antrittsbesuche bei seinem englischen Kollegen Macdonald. Vor wenigen Wochen noch hatte Poincaré seinen Besuch beim englischen Ministerpräsidenten fest zugesagt. Der Ausfall der Wahlen in Frankreich hat die Umkehrung der Besuchsvereinbarung herbeigeführt. Wäre Poincaré nach London gefahren, so hätte die europäische und die Weltpolitik dadurch kaum irgendeine Veränderung erfahren. Diesmal steht man in dem Zusammentreffen der leitenden Minister der beiden großen Entente-Staaten nicht nur in England und Frankreich, sondern in der ganzen Welt ein bedeutendes Ereignis. Man erwartet von diesem Zusammentreffen einen Wendepunkt in der europäischen Gesamtpolitik. Da vorher der belgische Außenminister Herriot in Paris aufgesucht und über seine früheren Ausdrücke mit Macdonald und Mussolini unterrichtet hat, so darf man annehmen, daß die Besprechung in Chequers eine allgemeine Verständigung über die künftige Politik zur Verteidigung der Welt als Ergebnis zeitigen werde.

Deutschland ist an diesen Beratungen natürlich ganz besonders interessiert. Trotzdem ist es zur Teilnahme an ihnen nicht aufgefordert. Es hat sich in den vergangenen Nachkriegsjahren dank der französischen Gesamtpolitik so sehr an die Rolle des Objekts aller Entente-Beratungen und Entente-Beschlüsse gewöhnt, daß heute die Tatsache seiner Fernhaltung von den Vorbereitungen einer neuen europäischen Politik weiteren Kreisen des deutschen Volkes kaum noch auffällt. Und doch erscheint es jetzt mehr und notwendig, die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die deutsche Auslieferung nicht länger fort dauern darf. Sie steht in schroffem Widerspruch zu dem Geist der Ge-

rechtigkeit und der Versöhnung, den die Hauptführer der Entente, Macdonald und Herriot, in so begeisterten Worten wiederholt verkündet haben. Und sie steht auch im Widerspruch mit ihren Versicherungen, daß die Zeit der Diktate und Vergewaltigungen endgültig vorüber sein soll. Vielleicht mag man diese erste Zusammenkunft der neuen Entente-Führer ohne Deutschland noch als eine Notwendigkeit von ihrem Standpunkt aus bewerten, aber weiterhin wäre der Ausschluß Deutschlands aus grundlegenden Konferenzen der Entente über die einschlagende europäische Politik kaum erträglich.

Das Programm für Chequers.

Das „Echo de Paris“ berichtet, Herriot habe Macdonald über das Programm der bevorstehenden Beratungen betragen lassen. Gestern vormittag habe die Downingstreet erwidert, die Verhandlungen würden nur allgemeinen Charakter tragen, und es wäre nicht nötig, Sachverständige zu bemühen. Das Blatt hebt hervor, daß Herriot gezwungen sein werde zu erklären, in welchem Maße er dem Inhalt des Poincaré-Briefes vom 14. Mai zustimme. In diesem Briefe sei die Annahme des Sachverständigenprogramms von 5 Bedingungen abhängig gemacht worden. Herriot möchte also erklären, ob der Ministerwechsel auch die allgemeinen politischen Linien verschoben habe.

Tumultuarische Sitzung der französischen Kammer.

Vertrauenskundgebung für Herriot.

Paris, 19. Juni. Die Kammer setzte heute nachmittag die nach der Verlesung der Regierungserklärung eingeleitete Debatte fort. Als erster Interpellant botonte Abg. Bolanowski, daß die neue Regierung eine Finanzlage übernehme, die als die günstigste seit der Beendigung des Krieges eingeschätzt werden müsse. Das Budget dieses Jahres werde sicher ausgeglichen werden, obwohl Deutschland augenblicklich nicht bezahle. Die Ausführungen des Redners rufen Widerspruch bei den Sozialisten hervor, die von den Mittelparteien unterstützt werden, sodaß Poincaré wiederholt eingreifen und um Ruhe ersuchen mußte. Bolanowski bleibt dabei, daß das alte Parlament dem neuen eine der günstigsten finanziellen Situationen hinterlassen habe. Im übrigen erklärte er, er habe zu dem neuen Finanzminister Clementel Vertrauen. Er beendete seine Rede, indem er Ministerpräsident Herriot aufforderte, eine Erklärung abzugeben, daß die Regierung keine Ausgaben machen werde, ohne sie durch Einnahmen gedeckt zu haben. In der Frage der Vermögenssteuer fordert er den Ministerpräsidenten auf, nicht den Sozialisten zu folgen. Sein Vorklage sei bei den Sozialisten so groß, daß sie sogar auf dem Altar des Blods der Linken die sofortige Rücknahme des Ruhrgebietes geopfert hätten. Nach Bolanowski vertritt der sozialistische Abg. Paul Faure namens seiner Partei eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Das französische Volk habe am 11. Mai einer Politik des nationalitären Sozialismus, die Mißtrauen und Haß geschaffen, ein Ende gemacht, um an ihre Stelle eine Politik zu setzen, die aufgebaut sei auf den Gedanken internationaler Solidarität. Die sozialistische Partei glaube als Beauftragte der Arbeitermassen zu handeln, wenn sie der gegenwärtigen Regierung, die entschlossen sei, das Werk der Reparationen durchzuführen, Vertrauen schenke. Die sozialistische Partei habe volle Freiheit gegenüber der Regierung, wie die Regierung selbst gegenüber der Partei frei sei. Nach dieser von den Parteien des Linksbloks mit Beifall aufgenommenen Erklärung wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der ehemalige Minister für öffentliche Arbeiten De Troquer, er müsse den Ministerpräsidenten um einige Aufklärungen ersuchen. Der Redner zählte sodann die bisherigen angeblichen Verfehlungen Deutschlands auf und stimmte, wiederholt von den Linksparteien unterbrochen, ein Votum auf das im Ruhrgebiet durchgeführte an. Zum Schluß forderte er, daß das Ergebnis der Politik Poincarés nicht in Frage gestellt werde. Nach De Troquer erwidert Ministerpräsident Herriot das Wort. Er stellte zunächst das Verlangen, das Haus möge die Interpellationsdebatte bis zum Ende führen, damit ihm Gelegenheit gegeben werde, in Ruhe seine Reise nach London vorzubereiten. Herriot erklärte, er wolle heute nur die Frage der Abschaffung der Vorklage beim Vorklage, die Finanzfrage und die Fragen der Außenpolitik behandeln. Er sei kein Mittler, aber er habe schon 1919 während der Errichtung der Vorklage beim Vorklage sich dagegen ausgesprochen und müsse den früher vertretenen Grundförmliche treu bleiben. Die Nachbarn unterbricht Herriot durch, das Gegenüber der Vorklage hervorruft. Als der Abg. General de Gaulle, Mitglied der demokratisch-republikanischen Union,

Sollen im
waren,
Terbolen,
n. Jaha
eln Wallen
umilum
verteilert
ein Hoch-
dhnte Gau-
wie Erbs,
Eierrudeln,
anz u. s. w.
Uwechlung!
Packung!
e
80
80
e
ue.
s 8 Uhr
Wettin.
mit Musik
do.
au
Be
lang
stellung
Hacker.
bler
ue.
schäft
adtpart.
ue
Verkauf
chäft
aufnam)
esucht.
schäft
tler
dauernbe
fortigen
n unter
Blattes.
nd
rei
el, ue.
re alt, in
chammer,
il. 16.